

Liebe Kolleginnen und Kollegen bei Opel Bochum!

General Motors steht kurz vor der Pleite. Damit ist auch Opel bedroht. In Bochum stehen 5000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Deutschlandweit sind es 25.600 Arbeitsplätze bei Opel und etwa 40.000 weitere bei den Zulieferern.

Deshalb hat Opel in Deutschland vorsorglich eine Bürgerschaft der Bundesregierung angefordert. Die Bundesregierung hat im Grundsatz zugestimmt, allerdings unter der Bedingung, dass das Geld in Deutschland bleibt.

Standortsicherung durch Lohnverzicht?

Die Opel-Geschäftsleitung hat bereits gefordert, dass die Belegschaft für den Erhalt des Konzerns Opfer bringen müsse. Das am 9.12.08 durch den Gesamtbetriebsrats-Vorsitzenden und Stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Klaus Franz im Konzern verbreitete Eckpunktepapier „Wir übernehmen Verantwortung“ verrät in der Hauptsache zweierlei:

1. Ihr sollt durch eigene Einlagen - also durch Lohnverzicht - für viele Jahre in einer Kapitalgesellschaft Opel sanieren und so die Bürgerschaft mit Eurem Geld absichern.
2. der Gesamtbetriebsratsvorsitzende hat in Zusammenarbeit mit den Konzernherren diesen unverschämten Zumutungen zugestimmt.

Der Zwangsurlaub bis zum gestrigen Tag war nun der erste Schritt, Euch für die Bewältigung der Kapitalkrise in die Pflicht zu nehmen. Dieser Zwangsurlaub soll im Wesentlichen mit vorhandenen Überstunden verrechnet werden. Hat ein Arbeiter, eine Arbeiterin nicht ausreichend Überstunden, um den Zwangsurlaub auszugleichen, sollen die „Minustage“ an Samstagen abgearbeitet werden. Nachtschichtzulagen sollen für die Zwangsurlaubstage wegfallen.

Damit wird von Euch verlangt, auf Eure Zuschläge zu verzichten, obwohl der Konzern es ist, der die Bänder abstellt. Ihr sollt Euch mit noch weniger zufrieden geben, damit ein paar Konzernherren Extraprofite einstecken, um besser durch die Krise zu kommen. Allein das ist eine nicht hinnehmbare Unverschämtheit!

Es ist aber zudem noch im Gespräch, dass die tariflich vereinbarte Einmalzahlung von 510 Euro um mehrere Monate verschoben werden soll. Damit würde der ohnehin schon miese Abschluss bei der Metalltarifrunde noch einmal unterlaufen und die Lage für Euch weiter verschlechtern.

Auslagerung der Ausbildung?

Wir erinnern daran, daß Übernahme aller Azubis bei Opel Bochum nach der Lehre stets ein Streitthema war. Noch 2007 erklärte der Opel-Sprecher Frank Klaas bei Opel Rüsselsheim gegenüber einer Fernseh-Reporterin, daß Opel stets über „eigenen Bedarf“ hinaus ausgebildet habe und mit der Politik vereinbart worden sei, die Überschüssigen mit der hochqualifizierten Opel-Ausbildung in den Arbeitsmarkt oder in Leiharbeitsfirmen zu entlassen. Das sei doch eine gute Sache.

Fragen wir uns doch: Was ist daran gut und was ist das für eine Politik, die sich auf solche menschenverachtenden Vereinbarungen mit den Konzernherren einlässt?

Und nun will sich die Geschäftsleitung aus der Verantwortung für die Ausbildung ganz herausstellen, indem sie die Ausbildung in die RAG-Ausbildungs-GmbH ausgliedert - sie ist nichts als eine Beschäftigungsgesellschaft für junge Arbeitslose. Die jungen Kolleginnen und Kollegen, die bei Opel ihre Ausbildung machen, mit einer - wenn auch eingeschränkten Chance - in den Betrieb übernommen zu werden, blicken damit in eine noch ungewissere, düstere Zukunft.

Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze!

Mancher mag auf die Idee kommen, dass ein Entgegenkommen gegenüber Opel zum Erhalt des Standortes beitragen könnte. Aber was davon zu halten ist, haben wir hier in Bochum bei Nokia gesehen: Dort haben Lohnkürzungen, längere Arbeitszeiten und Flexibilisierung keinen einzigen Job gerettet! Binnen weniger Monate wurde das Werk dichtgemacht!

Lohnverzicht und Nachgiebigkeit sichern überhaupt keinen Arbeitsplatz! Das Geld, das Opel und GM mehr verdienen, wenn die Belegschaft den Gürtel noch enger schnallt, werden sie in neue Rationalisierungsmaßnahmen stecken, um noch mehr Profit zu machen ihre Konkurrenten auszustechen und noch mehr Arbeitsplätze überflüssig zu machen!

Wir meinen: Arbeitsplatzabbau oder gar eine Standortschließung könnt Ihr verhindern, Kolleginnen und Kollegen - aber nicht durch euer Entgegenkommen, sondern durch entschlossenen, gemeinsamen Kampf!

Die Wirtschaftskrise, die der Krise bei GM zugrunde liegt, ist nicht vom Himmel gefallen und nicht - wie behauptet wird - die Folge „verfehlter Modellpolitik“ oder dergleichen. Die Krise

liegt in der Natur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die werktätige Bevölkerung in Deutschland, in den anderen EU-Ländern und in den USA sind in den letzten Jahren durch Lohn- und Stellenabbau, durch Erhöhung der Mehrwertsteuer, durch Inflation u.v.m. derart geschröpft worden, dass sie die Produkte, die in der Industrie hergestellt werden, schlichtweg nicht mehr kaufen können.

Ganze Firmen und Zuliefererbetriebe gehen pleite und werden von größeren Konzernen geschluckt, die die Krise besser verdauen konnten. Die treiben das alte Spiel dann munter weiter: Stellenabbau, Lohnabbau, Verlängerung des Arbeitstages, Intensivierung der Arbeit. Die nächste Krise wird damit vorbereitet. Es geht also überhaupt nicht darum, dass die Beschäftigten zu hohe Forderungen stellen, zu unnachgiebig sind und dergleichen!

Bürgerschaft des Staates?

Mag nun sein, dass eine Bürgerschaft der Bundesregierung kommt. Mag auch sein, dass durch eine solche Bürgerschaft der Standort in Bochum zunächst erhalten bleibt. Die Frage ist aber dennoch: Wer bezahlt hier eigentlich für wen? Das Geld für eine solche Bürgerschaft kommt aus der Steuerkasse, also aus den Taschen der werktätigen Menschen in Deutschland. Es soll in die Taschen derer fließen, die von uns Werktätigen pausenlos verlangen, „Opfer zu bringen“, den Gürtel enger zu schnallen usw. Eine solche Bürgerschaft ist also kein Gefallen, den die Regierung den Beschäftigten tut, sondern ein Trick, eine Betrugsnummer! Nehmen wir nun den oben angesprochenen „Vorschlag“ einer langfristigen „Kapitalbeteiligung“ aus Euren Löhnen hinzu – dann würden die Beschäftigten sogar doppelt für die Krise gerade stehen, die die Kapitalisten zu verantworten haben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen bei Opel Bochum!

Lasst Euch nicht auf irgendwelche Spielchen dieser Art ein! Die Antwort auf die Forderungen der Geschäftsleitung nach Opfern durch die Belegschaft kann nur sein: **Wir verzichten auf nichts! Das Kapital soll die Krise bezahlen!**

Konkret bedeutet das:

- **Keine Abstriche beim Lohn! Kein Verzicht auf die 510 Euro! Vollständige Erfüllung des aktuellen IGM-Tarifvertrages!**

- **Kampf um den Erhalt des Arbeitsplatzsicherheitspaktes bis 2010 und seine Verlängerung um weitere fünf Jahre!**
- **Keine Ausgliederung der Ausbildung und Übernahme aller Azubi nach der Lehre!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen bei Opel Bochum!

Bedenkt, dass dieselben Angriffe auf Löhne und Stellen, die bei Euch bevorstehen, auch die KollegInnen in den anderen Branchen der Metall- und Chemieindustrie und bei den Banken vor sich haben. Denkt nur allein an die Opel-Zulieferer!

Wir werden nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns als ArbeiterInnen branchenübergreifend zusammenschließen und gemeinsam den Angriffen in der Krise trotzen! Also müssen wir schon jetzt beginnen, Kontakte in die anderen Betriebe zu organisieren, sei es über die Gewerkschaft, sei es über Verwandte und FreundInnen in diesen Betrieben!

Viele von uns stellen sich heute, in der Krise, die Frage, wie es überhaupt noch weitergehen soll.

Und das ist auch kein Wunder: Das Leben für die werktätige Bevölkerung wird im Kapitalismus immer unerträglicher. Hunderte Millionen Menschen leiden weltweit an Hunger und Kriegen aufgrund dieses Systems. Und auch uns in den hochindustrialisierten Ländern geht es immer *schlechter*.

Die Perspektive ist der Sozialismus!

Die Perspektive liegt für uns nur darin, das kapitalistische System zu beseitigen und durch eine bessere Gesellschaftsordnung, durch den Sozialismus, zu ersetzen! Damit meinen wir nicht den Pseudosozialismus in der DDR eines Ulbricht oder Honecker, wo die Macht in Wahrheit in den Händen einiger Bonzen lag und die Werktätigen eingemauert worden sind.

Wir meinen den Sozialismus, in dem sich Staat, Betriebe und Produktionsmittel tatsächlich in den Händen der Arbeiterklasse befinden und wo nicht nach Profit, sondern nach den Bedürfnissen der Gesellschaft produziert wird.

Dass diese Gesellschaft nötig und möglich ist, zeigt der Bankrott des Kapitalismus, der heute an allen Ecken und Enden sichtbar ist!